

„Wir Helfer sind nicht blauäugig“

INTERVIEW Asylkoordinator Jost Herrmann berichtet über den Besuch im Ankerzentrum

Seit einigen Monaten treffen sich Asylhelfer und Politiker zu Gesprächen, um die Integration zu verbessern. Ehrenamtliche aus allen Regierungsbezirken durften nun mit Vertretern der Regierung das Ankerzentrum in Manching bei Ingolstadt besichtigen. Der Schongauer Asylkoordinator Jost Herrmann berichtet, was ihnen dort negativ aufgefallen ist – und was sie positiv überrascht hat.

Sie sind von Regierungsvertretern durch das Ankerzentrum geführt worden. Sind Sie sicher, dass Ihnen nicht nur die besten Seiten gezeigt wurden?

Wir haben uns vorab mit der Diakonie und im Anschluss mit der Caritas vor Ort zusammengesetzt. Wir sind nicht blauäugig. Wir haben auch spontan gebeten, den Unterricht sehen zu dürfen und mit den Lehrern zu sprechen. Das war nicht eingeplant, aber möglich.

Gilt das, was Sie in Manching gesehen haben, für alle Ankerzentren?

Nein, sie unterscheiden sich wohl sehr. Ich kenne den Fliegerhorst in Fürstenfeldbruck noch, bevor er Ankerzentrum wurde. Dort leben die Menschen deutlich enger zusammen. In Manching ist vieles weitläufiger. Ich würde sagen, dass die Menschen in einigen dezentralen Unterkünften weniger Platz haben. Aber das gilt natürlich nicht für jedes Ankerzentrum.

Die Unterbringungssituation ist für maximal sechs Monate also zumutbar?

Zumindest für drei Monate schon. Nur gibt es viele Asylbewerber, die länger als ein halbes Jahr dort bleiben müssen. Die erste Phase des Asylverfahrens geht deutlich schneller. Und das ist gut so. Die zweite – wenn abgelehnte Asylbewerber klagen – allerdings nicht. Nach sechs Monaten sollen sie zwar in Gemeinschaftsunterkünfte verlegt werden, aber damit wird jetzt erst begonnen. Abgelehnte Flüchtlinge, die

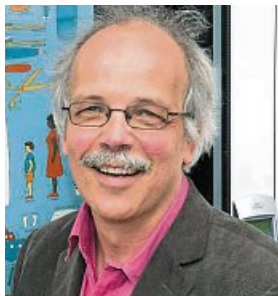


Trister Alltag: Die Situation in den Ankerzentren ist nicht leicht für die Flüchtlinge. Es gibt kaum Rückzugsorte. WEBER

nicht abgeschoben werden können, und Geflüchtete aus sicheren Herkunftsstaaten bleiben oft zeitlich unbeschränkt in den Einrichtungen. Das ist einer unserer Kritikpunkte. Was über sechs Monate hinausgeht, ist nicht zumutbar.

Was kritisieren Sie noch?

Es gibt zu wenig Privatsphäre. Männer und Frauen müssten noch stärker getrennt untergebracht werden. Außerdem fehlen Gemeinschaftsräume, in denen die Menschen auch mal Besuch empfangen können. Das wäre eventuell im Eingangsbereich möglich. Für Familienangehörige müssten Besuche möglich sein. Ein anderer Punkt sind die Anhörungen:



Jost Herrmann, Asylhelfer aus Schongau. GRONAU

Das erste Bamf-Gespräch findet zu früh statt. Viele Flüchtlinge haben eine schwere Flucht hinter sich und können die Bedeutung dieses Interviews noch nicht einordnen. Sie bekommen zwar eine Verfahrensbelehrung, müssten aber besser vorbereitet werden. Vieles erzäh-

len sie im Interview nicht – aus Scham, oder weil sie es für unwichtig halten.

Werden sie von den Helfern und Beratern zu sehr abgeschirmt?

Es gibt eine Beratungsstelle, sie ist aber nicht immer besetzt. Es gibt einfach zu wenig Stellen. Ehrenamtliche dürfen schon zu den Flüchtlingen. Sie müssen sich aber über die Stadt oder die Caritas registrieren lassen. Ich finde das zumutbar.

Immer wieder gibt es Ausschreitungen in den großen Einrichtungen. Wo könnte man das Konfliktpotenzial reduzieren?

Die Menschen brauchen einfach mehr Privatsphäre,

mehr Rückzugsmöglichkeiten. Die ersten drei Monate sind auch nicht das Problem. Konflikte entstehen, wenn die Menschen sehr lange dort sind – und ohne Perspektive.

Wie haben Sie die Security erlebt?

Es sind zu viele. An jeder Ecke stehen drei schwarz gekleidete Menschen. Es wäre besser, fünf weniger einzustellen und dafür lieber mehr Sozialarbeiter. Damit wäre den Menschen mehr geholfen. Natürlich ist Security wichtig. Aber es sind zu viele.

Was hat Sie positiv überrascht?

Der Leiter der Einrichtung war sehr freundlich und schien sehr verständnisvoll

für die Situation der Flüchtlinge. Auch die Regierungsvertreter wissen, dass die Situation nicht einfach ist. Den Unterricht haben wir sehr positiv erlebt. Im Juni oder Juli ist ein weiteres Gespräch im Innenministerium geplant, bei dem wir unsere Kritikpunkte vortragen können. Aber man kommt uns sichtlich entgegen. Die Fragen, die wir im Anschluss gestellt haben, wurden sehr ausführlich schriftlich beantwortet. Das ist ein großer Erfolg – jetzt gibt es Richtlinien, auf die wir die Politik festnageln können.

Haben Sie den Eindruck, dass die Helfer nun wirklich Gehör bekommen?

Es gibt ein gewisses Vertrauen, wir dürfen uns äußern und werden ernst genommen. Viel Zählbares können wir jedoch noch nicht vorweisen.

Es gab auch ein Gespräch beim Landesamt für Asyl und Rückführung. Was hat das gebracht?

Dabei ging es vor allem um Abschiebungen. Die Mitarbeiter haben uns garantiert, jeden Fall genau zu prüfen und dass unbescholtene Flüchtlinge nicht in den Flugzeugen sitzen würden. Aber sie betonten auch, dass oft falsche Fakten verbreitet würden und sie die Fälle aus Datenschutzgründen nicht offenlegen können. Was wir vorher nicht wussten: Wegen des Datenschutzes laufen die Informationen aller Stellen nicht automatisch in der Stelle des Ausländeramtes, die für Abschiebungen zuständig ist, zusammen. Das werden wir an die Ehrenamtlichen weitergeben: Alles, was gegen eine Abschiebung spricht, muss die Verfahrensstelle erfahren.

Was tragen Sie noch in die Helferkreise?

Wir haben einen Bericht verfasst, den wir an alle weiterleiten. Außerdem haben wir eine E-Mail-Adresse für Rückmeldungen eingerichtet. Die monatlichen Treffen mit den Politikern sollen ja weitergehen. **Interview: Katrin Woitsch**